



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses 06/2008-2013 am 02.02.2009 im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 21.00 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender	Horst Ostwald
Ausschussmitglied	Wilhelm Dahmen
”	Henry Danielski
”	Wolfgang Dick
”	Klaus Kasch
”	Uwe Köhlmann-Thater
”	Jens Müller
”	Siegfried Ramcke
stellv. Ausschussmitglied	Elisabeth von Bressendorf (für AM Henning Jungclaus)
”	Christiane Schwarz (für AM Andreas Lemke)
”	Gudrun Hohn (für AM Joachim Süme)
Ausschussmitglied	Hans-Joachim Rösel -ohne Stimmrecht-
ferner	Bürgervorsteher Carsten Schäfer Ortsbeauftragter für Naturschutz und Land- schaftspflege Johannes Engelbrecht Mitglieder des Seniorenbeirates
seitens der Gemeindeverwaltung	Bürgermeister Volker Dornquast Volker Duda Lorenz Ebeling (bis 20.50 Uhr) Jörn Mohr Inna Busch als Protokollführerin
als Gast	Herr Dähn vom Ingenieurbüro Waack & Dähn zu TOP 4
entschuldigt fehlen	Henning Jungclaus Andreas Lemke Joachim Süme

Herr Ostwald eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er weist die Ausschussmitglieder auf den Antrag des Seniorenbeirates samt der dazugehörigen Vorlage „Toiletten- und Fahrradabstellanlage am Bahnhof Ulzburg-Süd“ hin, der den Ausschussmitgliedern nachträglich zugestellt wurde und unter dem TOP 14 beraten werden soll.

Es ergibt sich somit einvernehmlich folgende



Tagesordnung:

1. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
2. **Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses 05/2008-2013 am 12.01.2009**
3. **Berichtswesen**
 - **Bericht Nr. 04/01/2009**
„Planungsstände und Bauzustände Grünplanung und Umwelt“
 - **Bericht Nr. 04/02/2009**
„Übersicht über den Verfahrensstand der Gründordnungspläne bzw. Umweltberichte in der Bauleitplanung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg“
 - **Bericht Nr. 04/03/2009**
„Spielstättenbedarfsplan der Gemeinde Henstedt-Ulzburg Aktualisierung 2009“
 - **Bericht Nr. 04/04/2009**
„Erteilung gemeindliches Einvernehmen gem. § 36 BauGB“
 - **Bericht Nr. 03/02/2009**
„Verbesserung des ÖPNV in Henstedt-Ulzburg“
4. **Oberflächenentwässerung östlich der Hamburger Straße**
5. **Ausbau Klein-Sabiner-Straße**
hier: **Beschluss über das Bauprogramm und die Vorbereitung der Auftragsvergabe**
6. **Schulwegsicherung**
7. **„Bebauungsplan Nr. 84 „Druventwiete“, 1. Änderung (Ärztehaus)“**
- **Aufstellungsbeschluss -**
8. **Bebauungsplan Nr. 39 „Wiehbusch“, 9. Änderung“ (Wintergärten)**
- **Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses sowie des Entwurfs- und Auslegungsbeschlusses vom 17.07.2001 -**
- **erneuter Aufstellungsbeschluss sowie Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -**
9. **Bebauungsplan Nr. 110 „Gewerbegebiet Südlich Heideweg“, 1. Änderung**
- **Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 18.02.2008-**
- **Aufhebung des Entwurfs- und Auslegungsbeschlusses vom 21.04.2008-**
10. **Bebauungsplan Nr. 111 „Autohof“, 2. Änderung**
- **Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 21.04.2008 -**
- **Aufhebung des Entwurfs- und Auslegungsbeschlusses vom 21.04.2008**
sowie des erneuten Entwurfs- und Auslegungsbeschlusses vom 08.09.2008 -
11. **18. Änderung des Flächennutzungsplanes (Autohof)**
- **Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 08.09.2008 -**
12. **Auflistung möglicher Ansiedlungsorte von Discountern**
Antrag der WHU-Fraktion vom 02.12.2008



13. **Gestaltung der Hamburger Straße nach dem „Shared Space“ Konzept hier: Antrag der FDP-Fraktion**
14. **„Toiletten- und Fahrradabstellanlage am Bahnhof Ulzburg-Süd“ hier: Antrag des Seniorenbeirates**
15. **Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen, usw.)**
- werden in der Sitzung vorgetragen -
16. **Unterrichtungen / Anfragen**
17. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
18. **Sanierung Kindergarten Moorweg (nichtöffentlich)**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Herr Ortwin Pawel, Tannenweg 43b, erkundigt sich nach dem Sachstand zu der geplanten Lärmschutzwand im Bereich Gräflingsberg. Wiederholt macht er die Ausschussmitglieder darauf aufmerksam, dass durch die hier geplante Lärmschutzwand mit Entstehung eines Lärmkorridors zu rechnen ist. Dieser würde zur Lärmverstärkung im Tannenweg führen und ist für die Anwohner nicht zu akzeptieren.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass diese Lärmschutzmaßnahme zwar beschlossen ist, die Haushaltsmittel hierfür jedoch noch nicht im Haushalt bereit gestellt sind. Die technische Ausarbeitung zur Errichtung dieser Lärmschutzwand muss noch unter Berücksichtigung von vielen Faktoren erfolgen.

Herr Pawel bemängelt die Verkehrsregelung in der Wilstedter Straße. Zwischen den Fahrbahneinengungen (den sogenannten „Nasen“) werden Fahrzeuge von den Anwohnern abgestellt. Somit gibt es keine Ausweichmöglichkeit beim Begegnungsverkehr. Es kommt zu gefährlichen Situationen.

Bürgermeister Dornquast sagt zu, die Situation vor Ort zu überprüfen.

Herr Werner Hohnholt, Schönfelder Straße 5, ist der Ansicht, dass in der letzten Zeit der gemeindliche Baumbestand durch übermäßige Fällarbeiten stark reduziert worden ist.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass Baumfällungsmaßnahmen zum einen aus der gemeindlichen Pflicht zur ordnungsgemäßen Knickwirtschaft resultieren. Zum anderen werden Straßenbegleitbäume regelmäßig auf deren Zustand untersucht. Dabei werden kranke Bäume z.B. wegen Pilzbefall aus Gründen der Verkehrssicherheit mit Zustimmung der Unteren Naturschutzbehörde beseitigt. Außerdem sind Fällungen zur Vermeidung von zu starker Durchwachsung der Grünanlagen erforderlich.

Bürgermeister Schäfer äußert sein Unverständnis über die neulich durchgeführte Pflanzung von 14 Eschen am Kinderspielplatz Suhlenkamp, die nach seiner Auffassung deplatziert sind.



Anmerkung der Verwaltung:

Die im Herbst 2008 durch den gemeindlichen Baubetriebshof durchgeführte Baumpflanzung am Kinderspielplatz Suhlenkamp erfolgte aufgrund der vertraglich geregelten Ausgleichspflanzung für die Tieferlegung der AKN-Trasse. Die hiermit verbundenen Kosten sind in dem zwischen der Fa. AKN und der Gemeinde geschlossenen Vertrag geregelt und waren im Haushalt des Jahres 2008 veranschlagt. Die Bäume wurden entlang des Fußweges gepflanzt. Weder der Spielplatz noch der Bolzplatz werden eingeschränkt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

**„Genehmigung der Niederschrift des Umwelt- und Planungsausschusses
05/2008-2013 am 12.01.2009“**

TOP 14, Punkt e

Herr Köhlmann-Thater merkt an, dass hier der Geh- und Radweg an der Hamburger Straße und zwar der Bereich - von der Lindenstraße bis zur Bushaltestelle An der Pinnau - gemeint ist.

TOP 8

Herr Köhlmann-Thater vermisst in dem gefassten Beschluss den Zusatz, dass mit dem Investor ein städtebaulicher Vertrag abzuschließen ist.

Herr Ostwald erklärt, dass darüber zwar diskutiert jedoch nicht abgestimmt wurde.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Berichtswesen

- **Bericht Nr. 04/01/2009**
„Planungsstände und Bauzustände Grünplanung und Umwelt“
Es ergeben sich keine Fragen der Ausschussmitglieder.
- **Bericht Nr. 04/02/2009**
„Übersicht über den Verfahrensstand der Gründungspläne bzw. Umweltberichte in der Bauleitplanung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg“
Es werden keine Fragen seitens der Ausschussmitglieder gestellt.
- **Bericht Nr. 04/03/2009**
„Spielstättenbedarfsplan der Gemeinde Henstedt-Ulzburg Aktualisierung 2009“
Herr Köhlmann-Thater regt an, dass bei solchen Erläuterungsberichten Änderungen besser kenntlich gemacht werden. Aufgrund des Informationsumfanges sind diese nur schwer festzustellen.

Herr Müller fragt an, wie die Ermittlung der Bedürfnisse der Spielkinder im Hinblick auf Ausstattung der Spielstätten erfolgt.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass diese Ermittlung anhand der Meldedaten unter datenschutzrechtlichen Aspekten durchgeführt wird. So wird der Spielstättenbedarf nach dem Alter der Nutzer, d.h. in der Umgebung des jeweiligen Spielplatzes wohnenden Kindern, ermittelt.



- **Bericht Nr. 04/04/2009**
„Erteilung gemeindliches Einvernehmen gem. § 36 BauGB“
Hierzu werden ebenfalls keine Fragen gestellt.
- **Bericht Nr. 03/02/2009**
„Verbesserung des ÖPNV in Henstedt-Ulzburg“

Den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist eine Rückmeldung der Südholsteinischen Verkehrsservicegesellschaft mbH (SVG) zum Thema Verbesserung des Busverkehrs in der Gemeinde zugegangen.

Bürgermeister Dornquast erläutert die Klarstellung der SVG. Da die Gemeinde Henstedt-Ulzburg kein Gesellschafter der SVG ist, kann der in der Ausschusssitzung am 15.12.2008 gefasste Beschluss zur Beauftragung der SVG, die Verbesserungsmöglichkeiten des Busverkehrs in Henstedt-Ulzburg zu untersuchen und ein Konzept zu entwickeln, daher nur als eine Bitte betrachtet werden.

Herr Dick fragt an, ob diese Angelegenheit vom Kreis als SVG-Gesellschafter beauftragt werden kann, so dass der Gemeinde hierfür dann keine Kosten entstehen.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass dies ein denkbarer Weg ist. Auch dem Kreis Segeberg wurde das gemeindliche Ziel zur Verbesserung des öffentlichen Personen-Nah-Verkehrs (ÖPNV) vorgetragen.

Herr Müller erkundigt sich nach den Gesellschaftern der SVG.

Anmerkung der Verwaltung:

Gesellschafter der SVG sind die Kreise Segeberg und Pinneberg mit je 50 %.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Oberflächenentwässerung östlich der Hamburger Straße“

Den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist eine Beratungsvorlage zugegangen. Bürgermeister Dornquast erläutert diese kurz und geht dabei auf den aktuellen Sachstand ein. Da die Gesamtmaßnahme aufgrund der fehlenden Haushaltsmittel nicht wie ursprünglich geplant umgesetzt werden kann, wurden Alternativlösungen durch das beauftragte Ingenieurbüro Waack & Dähn ausgearbeitet.

Herr Dähn vom Ingenieurbüro Waack & Dähn schildert den geprüften Zustand der Niederschlagswasser- sowie Schmutzwasserleitungen in dem betroffenen Bereich. Aufgrund des desolaten Zustandes der Niederschlagswasserleitungen ist die ordnungsgemäße Ableitung des Oberflächenwassers in vielen Abschnitten des Bereichs östlich der Hamburger Straße nicht mehr möglich. Eine Sanierung des Niederschlagswasserkanals ist hier daher dringend notwendig.

Die Schmutzwasserleitungen sind dagegen nicht zwingend sanierungsbedürftig. Diese können durch punktuelle Maßnahmen ausgebessert werden.



Herr Dähn stellt die Alternativlösung vor. Hierbei ist vorgesehen, dass vorrangig die Clara-Schumann-Straße und die Reumannstraße saniert und auch ausgebaut werden. Über dann ausreichend dimensionierte Kanäle kann das Niederschlagswasser dieser Straßen und der Bergstraße abgeführt werden. Am nördlichen Ende der Clara-Schumann-Straße wird eine Anschlussmöglichkeit für die Niederschlagswasserentsorgung aus dem Nordring eröffnet. Die Gesamtkosten dieser Maßnahme werden auf ca. 1.220.000 € geschätzt.

Des Weiteren erläutert Herr Dähn die mögliche Ausbauplanung der Straßen anhand der Straßenpläne.

Auf die Anmerkung von Frau Schwarz, dass verkehrsberuhigte Bereiche nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sind, erklärt Herr Dähn, dass die Ausführungsdetails diesbezüglich noch zu prüfen sind.

Herr Müller regt eine Überprüfung an, ob hier zusätzlich eine Speichereinrichtung für das anfallende Niederschlagswasser errichtet werden kann. Auf Vorschlag von Herrn Dahmen könnte das Niederschlagswasser aus diesem Bereich z.B. für den Bürgerpark sowie den anliegenden Sportplatz benutzt werden.

Die anwesende Gemeindevertreterin Honerlah gibt daraufhin zu bedenken, dass die Wiederverwendung des unbehandelten Niederschlagswassers aus naturschutzrechtlicher Sicht problematisch sein wird.

Auf die Frage von Herrn Müller, ob die Kostenschätzung für diese Maßnahme eingehalten wird, antwortet Herr Dähn, dass dieses von ihm nicht garantiert werden kann. Die Kostenschätzung basiert auf den Ergebnissen der letzten vergleichbaren Maßnahmen und ist daher durchaus realistisch.

Der Umwelt- und Planungsausschuss beauftragt das Ingenieurbüro Waack & Dähn mit Überprüfung folgender Punkte:

- 1. Errichtung einer Speichereinrichtung für Niederschlagswasser zur Wiederverwendung,**
- 2. Gegenüberstellung der Kosten für die verschiedenen Varianten zum Straßenausbau,**
- 3. Kostenberechnung für die gesamte Maßnahme.**

Das Ergebnis der Prüfung ist dem Umwelt- und Planungsausschuss zur weiteren Beratung vorzulegen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Ausbau Klein-Sabiner-Straße“

hier: Beschluss über das Bauprogramm und die Vorbereitung der Auftragsvergabe

Den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist eine Beratungsvorlage zugegangen. Herr Ebeling erläutert anhand eines Planes die durch das zuständige Ingenieurbüro erarbeitete Ausbauplanung sowie Sanierung der Schmutz- und Niederschlagswasserleitungen der vorhandenen Ortsstraße.



Auf Nachfrage von Herrn Müller erklärt Herr Mohr, dass die Gesamtmaßnahme ca. 250.000 € kosten wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Herstellungskosten für die o.a. Maßnahme wurden durch das zuständige Ingenieurbüro IPP wie folgt geschätzt:

Sanierung des Niederschlagswasserkanals	75.500 €
Sanierung des Schmutzwasserkanals	43.000 €
Straßenbau	94.000 €
Ingenieurkosten	37.500 €
<u>Gesamtherstellungskosten</u>	<u>ca. 250.000 €</u>

Die bereits für das Jahr 2008 bereit gestellten Haushaltsmittel sollen in den Haushalt 2009 übertragen werden.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt, die Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen für die Klein-Sabiner-Straße auf der Grundlage der vorliegenden Pläne des Ingenieurbüros IPP und des Bauprogramms zu Herstellungskosten von ca. 250.000 € durchzuführen. Die Ausschreibung ist sofort zu veranlassen.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

„Schulwegsicherung“ – Grundschule Ulzburg

Den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist eine Beratungsvorlage zugegangen, die von Bürgermeister Dornquast kurz erläutert wird.

Herr Köhlmann-Thater spricht sich namens der WHU-Fraktion für die Realisierung der Maßnahme gemäß dem Vorschlag des Arbeitskreises aus.

Herr Danielski hält den Vorschlag der Verwaltung, eine Mittelinsel im Bereich der jetzigen Haltestelle zu errichten, als ungeeignet. Als weitere Maßnahme schlägt er vor, den Weg neben der AKN-Trasse - östlich der Schule - an der Schulstraße mit einem Umlaufgatter zu versehen.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass die Mittelinsel lediglich als Alternativmaßnahme zur punktuellen Einengungen der Fahrbahn vorgeschlagen wird, da die sogenannten „Nasen“ möglicherweise nicht zweckdienlich sind.

Herr Ostwald begrüßt ebenso die Umsetzung gemäß dem Vorschlag des Arbeitskreises.

Herr Ramcke regt an, dass auch an anderen Schulen der Gemeinde geeignete Maßnahmen zur Schulwegsicherung umgesetzt werden sollen.



Beschluss: **Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt, zur Schulwegsicherung in der Schulstraße die Maßnahmen gemäß dem Vorschlag des Arbeitskreises zu realisieren.**

Beschlussfassung: **einstimmig**

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 84 „Druventwiete“, 1. Änderung (Ärztehaus)“
- Aufstellungsbeschluss -**

Den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist eine Beratungsvorlage zugegangen, welche von Bürgermeister Dornquast erläutert wird.

Herr Ostwald und Herr Köhlmann-Thater sprechen sich für die beantragte Änderung des Bebauungsplanes aus.

Herr Müller meldet seitens der CDU-Fraktion Beratungsbedarf an. Bei den Ausschussmitgliedern besteht Einvernehmen, diesen Tagesordnungspunkt erst in den Fraktionen zu beraten, bevor hierüber abgestimmt wird.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 39 „Wiebusch“, 9. Änderung“ (Wintergärten)“
- Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses sowie des Entwurfs- und Auslegungsbeschlusses vom 17.07.2001 -
- erneuter Aufstellungsbeschluss sowie Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -**

Den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist eine Beratungsvorlage zugegangen, welche von Bürgermeister Dornquast erläutert wird.

Herr Müller fragt an, ob durch die angestrebte Festsetzung von Baugrenzen lediglich die Errichtung von Wintergärten sowie Terrassenüberdachungen an den vorhandenen Reihenhäusern ermöglicht wird oder theoretisch eine Erweiterung des Gesamtgebäudes möglich sein wird.

Hierzu erklärt Herr Duda, dass hier in erster Linie Wintergärten bzw. Terrassenüberdachungen zulässig sein sollen. Um Erweiterungen der Gebäude auszuschließen, müsste der Aufstellungsbeschluss konkretisiert werden.

Beschluss: **1. Für das Gebiet - nördlich und westlich der Straße Hasselbusch - südlich des Schulwaldes für die geraden Hausnummern 28-56 im Ortsteil Henstedt - wird die 9. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 39 „Wiebusch“ (Wintergärten) aufgestellt.**

Das Verfahren wird nach § 13a Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren durchgeführt.



Es werden folgende Planungsziele angestrebt:

- **Festsetzung von Baugrenzen für die vorhandenen Reihenhäuser**
- **Erweiterung der Baugrenzen für die ausschließliche Errichtung von Wintergärten sowie Terrassenüberdachungen**
- **Festsetzung von vorhandenen Zufahrten und Zuwegungen**

2. **Die Ausarbeitung der Planentwürfe erfolgt durch die Verwaltung.**
3. **Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB wird von der Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und von der Aufstellung eines Umweltberichts nach § 2a BauGB abgesehen.**
4. **Der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Hierbei sind die Vorschriften des § 13a Abs. 3 BauGB zu berücksichtigen.**
5. **Die Entwürfe der 9. (vereinfachten) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 39 „Wiehbusch“ (Wintergärten) für das Gebiet - nördlich und westlich der Straße Hasselbusch – südlich des Schulwaldes für die geraden Hausnummern 28-56 im Ortsteil Henstedt -, und der Begründung dazu, werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.**
6. **Die Entwürfe der Planung und der Begründung sind gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 2+3 BauGB öffentlich auszulegen; es gilt die Hinweispflicht nach § 3 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 BauGB. Die nach § 4 Abs. 2 BauGB Beteiligten sind von der Auslegung zu benachrichtigen.**
7. **Für diese Bebauungsplanänderung sind gemäß § 4 Abs. 2 Satz 1 BauGB die Stellungnahmen der Behörden einzuholen. Der Planentwurf ist gemäß § 2 Abs. 2 BauGB mit den betroffenen Nachbargemeinden abzustimmen.**
8. **Die Verfahrensschritte zur Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2 Satz 1 BauGB) und die öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB) sind nach § 4a Abs. 2 Satz 1 BauGB gleichzeitig durchzuführen.**



Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 110 „Gewerbegebiet Südlich Heideweg“, 1. Änderung“
-Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 18.02.2008-
-Aufhebung des Entwurfs- und Auslegungsbeschlusses vom 21.04.2008-**

Den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist eine Beratungsvorlage zugegangen.

Herr Ostwald erklärt den anwesenden Bürgern den Hintergrund zur angestrebten Aufhebung der o.g. Beschlüsse. Das in dem betroffenen Gebiet vorhandene Gewässer sollte aufgrund der Bedürfnisse eines interessierten Investors beseitigt werden. Da der Investor sich nunmehr gegen diesen Standort entschieden hat, wird geplant, das Verfahren für die Aufstellung der Bebauungsplanänderung einzustellen und den Ursprungsbebauungsplan zu erhalten.

Frau Schwarz fragt nach, warum und welche Veränderungen im Text Teil B im Rahmen des B-Planänderungsverfahrens bezüglich der festgesetzten Knickschutzstreifen erfolgt sind.

Herr Duda erklärt, dass durch die 1. Änderung des B-Planes Nr. 110 das Auszäunungsgebot an den Sukzessionsflächen des Knicks entfallen ist und erläutert den hiermit verbundenen Sinn.

Da seitens der Ausschusmitglieder in dieser Angelegenheit noch ein Klärungsbedarf besteht, wird die Verwaltung beauftragt, hierüber zur nächsten Sitzung ausführlich zu informieren. Die Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt wird dementsprechend verschoben.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 111 „Autohof“, 2. Änderung“
- Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 21.04.2008 -
- Aufhebung des Entwurfs- und Auslegungsbeschlusses vom 21.04.2008 sowie
des erneuten Entwurfs- und Auslegungsbeschlusses vom 08.09.2008 -**

Den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist eine Beratungsvorlage zugegangen, welche von Bürgermeister Dornquast erläutert wird.

Der anwesende Gemeindevertreter Schümann fragt nach dem Grund der beabsichtigten Einstellung des Verfahrens zur Bebauungsplanänderung.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass hierzu negative Stellungnahmen des Innenministeriums sowie der Landesplanungsbehörde eingegangen sind. Weder die Änderung des Bebauungsplanes noch die des Flächennutzungsplanes sind zu erreichen.

Nach einer kurzen Diskussion wird über folgenden Beschluss abgestimmt:



Beschluss: Die Beschlüsse zur Aufstellung sowie die Entwurfs- und Auslegungsbeschlüsse des Bebauungsplanverfahrens für die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 111 „Autohof“ für das Gebiet südlich des Autohofes - westlich des Grundstückes Neuenbrook Nr. 1 - östlich des Waldweges - nördlich der geplanten Ausgleichsfläche A - werden aufgehoben.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

**„18. Änderung des Flächennutzungsplanes (Autohof)“
- Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 08.09.2008 -**

Den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist eine Beratungsvorlage zugegangen, die von Bürgermeister Dornquast kurz erläutert wird.

Beschluss: Der Beschluss zur Durchführung der 18. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet südlich des Autohofes - westlich des Grundstückes Neuenbrook Nr. 1 - östlich des Waldweges - nördlich der geplanten Ausgleichsfläche A - wird aufgehoben.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

**„Auflistung möglicher Ansiedlungsorte von Discountern“
Antrag der WHU-Fraktion vom 02.12.2008**

Den Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses ist eine Beratungsvorlage zugegangen, welche von Bürgermeister Dornquast erläutert wird.

Herr Dahmen erklärt, dass die WHU-Fraktion gegenwärtig nicht daran interessiert ist, weitere Lebensmittelmärkte in Henstedt-Ulzburg anzusiedeln.

Herr Ostwald schlägt vor, das Thema erst in den Fraktionen zu besprechen, um danach darüber beraten zu können.

Der anwesende Gemeindevertreter Sievers hält die Auflistung als unvollständig, da hieraus die Zuordnung zu den jeweiligen Bebauungsplänen nicht ersichtlich ist. Auf seinen Vorschlag hin kommen die Ausschussmitglieder überein, die Auflistung durch die Verwaltung konkretisieren zu lassen und dann dem Umwelt- und Planungsausschuss erneut vorzulegen.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

**„Gestaltung der Hamburger Straße nach dem „Shared Space“ - Konzept“
hier: Antrag der FDP-Fraktion**



Zu diesem Tagesordnungspunkt haben die Mitglieder des Umwelt- und Planungsausschusses eine Beratungsvorlage erhalten. Herr Ostwald erteilt dem anwesenden Gemeindevertreter Eberhard von der FDP-Fraktion das Wort.

Herr Eberhardt stellt das Konzept „Shared Space“ vor, welches übersetzt „Gemeinschaftsstraßen“ heißt. Dabei teilen sich alle Verkehrsteilnehmer - vom Fußgänger über den Radfahrer bis zum Autofahrer - den Straßenraum. Der Kreistag Segeberg hat beschlossen, ein solches Modellprojekt im Kreis Segeberg zu fördern.

Herr Eberhardt schlägt vor, die Verkehrssituation der Hamburger Straße durch Verwirklichung eines solchen Konzeptes zu entschärfen. Die von der Hamburger Straße aus seiner Sicht ausgehenden Hauptprobleme wie z. B.

- problematische Verkehrssituation und die damit zusammenhängende hohe Unfallrate,
- Lärm- und Abgasbelastung der Anwohner
- sowie die durch den geteilten Ortskern leidende Wirtschaft

können so beseitigt werden.

Herr Eberhardt erläutert die Vorteile des Verkehrskonzeptes anhand der Erfahrungsberichte von den inn- sowie ausländischen Kommunen, in welchen das Konzept umgesetzt wurde. Als Beispiel nennt er u.a. die Gemeinde Bohmte (Landkreis Osnabrück).

Herr Ostwald gibt aufgrund seiner Recherchen zu diesem Thema zu bedenken, dass hierfür evtl. eine schnelle Umgehungsstraße notwendig ist. Er plädiert für eine diesbezügliche Kontaktierung des zuständigen Straßenbaulastträgers, welche im Vorwege erfolgen soll.

Herr Dick schlägt vor, eine Ortsbesichtigung in Bohmte zu organisieren, um sich vor Ort ein Bild von dem dort umgesetzten Projekt zu machen. Gleichzeitig appelliert er an die Ausschussmitglieder, Verkehrsprobleme nicht unbedingt durch Straßenumbaumaßnahmen zu lösen, sondern allgemeine Verbesserung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) zu erzielen.

Herr Müller beurteilt die Umsetzung eines „Shared Space“- Konzeptes grundsätzlich positiv. Doch auch seiner Auffassung nach muss hierzu vorerst die Stellungnahme des Straßenbaulastträgers eingeholt werden.

Frau Schwarz bittet um Prüfung, welche weiteren Straßen in der Gemeinde sich zur Umsetzung dieses neuen Verkehrskonzeptes anbieten würden.

Im Anschluss an eine Diskussion wird über folgenden Beschluss abgestimmt:

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, den zuständigen Straßenbaulastträger wegen der Idee zur Umsetzung des „Shared Space“ - Kon-



zeptes in der Hamburger Straße - im Bereich zwischen Schulstraße und Gutenbergstraße - zu kontaktieren.

Gleichzeitig sind weitere Straßen der Gemeinde auf Möglichkeiten zur Umsetzung eines solchen Verkehrskonzeptes zu überprüfen.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

**„Toiletten- und Fahrradabstellanlage am Bahnhof Ulzburg-Süd“
hier: Antrag des Seniorenbeirates**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde den Ausschussmitgliedern eine Beratungsunterlage zugestellt.

Herr Remde stellt den Antrag des Seniorenbeirates vor und begründet diesen.

Bürgermeister Dornquast geht auf die Anregungen des Seniorenbeirates ein. Er erklärt, dass am Bahnhof Ulzburg-Süd eine überdachte Fahrradabstellanlage mit 44 neuen Nutzplätzen errichtet wird.

Zum Antrag auf Errichtung einer öffentlichen Toilettenanlage weist Bürgermeister Dornquast die Ausschussmitglieder darauf hin, dass die Anschaffung einer solchen Toilettenanlage neben den zu tragenden Investitionskosten hohe laufende Unterhaltungskosten bedeutet. Derzeit entstehen für die vorhandene WC-Anlage am Bahnhof Henstedt-Ulzburg Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten, die in keinem Verhältnis zu den Einnahmen aus der Benutzung dieser Anlage stehen.

Herr Sievers kritisiert die o.g. Argumentation. Er äußert seine Unzufriedenheit darüber, dass solche Anregungen allein durch Ausgabendarstellung abgelehnt werden.

Bürgermeister Dornquast verdeutlicht daraufhin, dass die Kostensituation ein wichtiger Fakt ist, welcher bei Beratung über solche Angelegenheiten nicht zuletzt berücksichtigt werden darf.

Die Verwaltung wird auf Vorschlag von Herrn Ostwald beauftragt, Alternativen zur Verbesserung der Situation auszuarbeiten. Es sollen kostengünstigere Varianten zur Toilettennutzung für die Öffentlichkeit im Bereich des Bahnhofs Ulzburg-Süd überprüft werden.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

„Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen, usw.)“



- werden in der Sitzung vorgetragen -

Bürgermeister Dornquast berichtet von einer Anfrage zur Errichtung eines Einfamilienhauses auf dem Grundstück Abschiedskoppel 39. Der Bauherr möchte den Dachboden ausbauen, um dort ein Arbeitszimmer für Lehrtätigkeiten einzurichten. Aufgrund der drei Kinder kann dieser Raum nicht im Obergeschoss eingerichtet werden. Hierfür ist eine Überschreitung der festgesetzten Firsthöhe (8,00 m) um 1,00 m erforderlich.

Die Frage von Herrn Ostwald, ob hierfür eine Änderung des Bebauungsplanes notwendig wäre, wird von Herrn Duda bejaht.

Herr Ostwald spricht sich aufgrund der geschilderten Situation für eine Änderung des Bebauungsplanes aus. Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag zu.

Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt. Der entsprechende Aufstellungsbeschluss ist vorzubereiten.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:

„Unterrichtungen / Anfragen“

Bürgermeister Dornquast unterrichtet die Mitglieder des Umwelt- und Planungsausschusses sowie alle anwesenden Bürger über folgende Themen:

a) Weihnachtsbaumabfuhr

Die diesjährige Weihnachtsbaumabfuhr verlief unproblematisch. Die zu entsorgenden Weihnachtsbäume wurden am 12. und 13.01.2009 durch den WZV abgefahren.

b) Baumfällungen in der Straße Beckershof

Zum Ausbau der Straße Beckershof (Randbefestigung mit Rasengittersteinen und Verstärkung des Oberbaus) mussten einige Bäume beseitigt werden. Dabei handelt es sich um Bäume, die im Vorwege gutachterlich untersucht wurden und aufgrund der mangelnden Standsicherheit zur Fällung freigegeben waren. Ersatzpflanzungen werden nach Abschluss der Straßenbaumaßnahme in Absprache aller Beteiligten ortsnah durchgeführt.

c) Geplante Fällung einer Linde

Augrund des Gutachtens der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Segeberg muss die Linde an der Ecke Dorfstraße / Wohldweg gefällt werden, da diese mit einem holzerstörenden Baupilz befallen ist und auch weitere Schäden aufweist.

d) Antrag auf Lärmschutzwall

Der Verwaltung liegt ein Antrag auf Errichtung eines Lärmschutzwalls zwischen den Grundstücken Im Forst 37-43 und der Hamburger Straße in der Länge von 79 Meter vor. Der Antrag wurde von einem Anwohner der Straße Im Forst gestellt.

e) Antrag auf Herstellung von Blaupflasterung



Die Arbeitsgruppe „Sicherer Schulweg Grundschule Rhen“ beantragt die Herstellung von blau gepflasterten Radwegefurten an Einmündungen von fünf zusätzlichen Straßen im Ortsteil Rhen.

Herr Dahmen schlägt vor, die betroffenen Bereiche anstatt des Pflasters evtl. mit blauer Farbe zu behandeln.

Bürgermeister Dornquast weist daraufhin, dass dadurch kein dauerhafter Effekt erzielt werden kann, da diese Stellen regelmäßig nachgebessert werden müssen.

Anfragen der Ausschussmitglieder:

a) Arbeitskreis zur demographischen Entwicklung in Henstedt-Ulzburg

Herr Ostwald berichtet, dass der Arbeitskreis zur demographischen Entwicklung inzwischen zum ersten Mal getagt hat. Der Arbeitskreis hat sich aus jeweils zwei Mitgliedern von jeder Fraktion gebildet. Herr Ostwald schlägt vor, dass der Arbeitskreis sich etwa bis zum Herbst des Jahres 2009 mit der Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes zum Wachstum und zur Altersentwicklung beschäftigt. Das Gesamtkonzept wird anschließend im Umwelt- und Planungsausschuss vorgestellt und zum Ende des Jahres 2009 in der Gemeindevertretung beraten.

Herr Müller spricht sich für die von Herrn Ostwald vorgeschlagene Vorgehensweise aus.

Frau Honerlah hält es für richtiger, wenn der Organisationsablauf des Arbeitskreises in der nächsten Ausschusssitzung des Umwelt- und Planungsausschusses vorgestellt wird.

Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, gemäß dem Vorschlag von Frau Honerlah zu verfahren.

b) Sanierung des Geh- und Radweges

Herr Köhlmann-Thater erkundigt sich, ob eine Rückmeldung von dem zuständigen Straßenbauamt bezüglich der Sanierung des Geh- und Radweges an der Hamburger Straße - zwischen der Lindenstraße und der Bushaltestelle An der Pinnau – inzwischen eingegangen ist.

Bürgermeister Dornquast verneint dieses.

c) Tätigkeitsbericht des Baubetriebshofes

Herr Köhlmann-Thater fragt an, ob vom gemeindlichen Baubetriebshof jährlich ein Tätigkeitsbericht zu erstatten ist.

Bürgermeister Dornquast teilt mit, dass der Baubetriebshof im Rahmen der Abrechnung über die Leistungsentgelte dementsprechend informiert. Ein Tätigkeitsbericht als solcher wird von dort nicht erstattet.

d) Ehemaliger Toom-Baumarkt

Weiterhin möchte Herr Köhlmann-Thater wissen, welche bauliche Nutzung in dem ehemaligen Toom-Baumarkt laut dem gültigen Bebauungsplan und nach Auffassung des Kreises Segeberg zulässig ist.



Bürgermeister Dornquast erklärt hierzu, dass die Erteilung einer Baugenehmigung immer eine individuelle Einzelfallentscheidung der Unteren Bauaufsichtsbehörde des Kreises Segeberg im Rahmen der baurechtlichen Vorschriften ist.

e) Nutzungsänderung Heinrich-Sebelien-Straße 2

Herr Köhlmann-Thater erkundigt sich nach dem Sachstand zum Antrag auf Nutzungsänderung für das Grundstück Heinrich-Sebelien-Straße 2.

Herr Duda erklärt hierzu, dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist.

f) Beschilderung der Radwege

Herr Danielski weist die Ausschussmitglieder darauf hin, dass die in beiden Richtungen befahrenen Radwege gemäß der Straßenverkehrsordnung entsprechend ausgeschildert werden müssen.

Bürgermeister Dornquast bestätigt die gesetzliche Vorschrift. Aktuell werden Radwege auf deren Beschilderung überprüft.

g) Abfallbehälter Waldparkplatz

Herr Dahmen fragt an, ob die Kontaktierung des zuständigen Forstamtes bezüglich der Aufstellung von Abfallbehältern auf dem Waldparkplatz in Höhe des Alsterbetonwerkes erfolgt ist.

Bürgermeister Dornquast informiert, dass die Forstbehörde Mitte inzwischen angeschrieben worden ist. Eine Rückmeldung liegt jedoch noch nicht vor.

h) Niederlegung des Mandats als Ausschussmitglied

Herr Dick teilt mit, dass er sein Mandat als Mitglied des Umwelt- und Planungsausschusses niederlegt. Dies ist die letzte Ausschusssitzung, an der er als Ausschussmitglied teilnimmt.

i) Befestigung des Wanderweges zwischen Timmhagen und Togenkamp

Frau von Bressensdorf spricht den Zustand des Wanderweges an. Sie fragt an, wann die Ausbesserung des Weges erfolgen wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Wanderweg wird bei hierfür günstigen Wetterbedingungen ausgebessert.

Zu Punkt 17 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Frau Elke Golder, Im Forst 43, geht auf den Antrag zur Errichtung eines Lärmschutzwalls im Forst 37-43 ein. Sie macht die Ausschussmitglieder darauf aufmerksam, dass die Eigentümergeinschaft von dieser geplanten Maßnahme nicht informiert wurde. Die Zustimmung der Eigentümergeinschaft muss hierfür eingeholt werden.



Weitere Fragen werden nicht gestellt.

Herr Ostwald schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt nach Ausschluss der Öffentlichkeit fest, dass die Nichtöffentlichkeit hergestellt worden ist. Er ruft den Tagesordnungspunkt 18 auf.

Zu Punkt 18 der Tagesordnung
„Sanierung Kindergarten Moorweg“
-nichtöffentlich-

Siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Im Anschluss an die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt stellt Herr Ostwald die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung.

gez. Horst Ostwald
(Ausschussvorsitzender)

gez. Inna Busch
(Protokollführerin)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)